

## **Change.org verarbeitet illegal politische Meinungsdaten**

Change.org ist der weltweit größte Web-Dienst, der politische Kampagnen per Internet organisiert. Das neu gegründete „Netzwerk Datenschutzexpertise“ hat aktuell ein datenschutzrechtliches Gutachten vorgelegt, das zeigt: Change.org bietet keine ausreichende Sicherheit für den Schutz sensibler persönlicher Daten über politische Meinungen. Das weltweit größte Internet-Beteiligungsportal verstößt gegen zentrale Regeln des deutschen Datenschutzrechts:

- Angaben über politische Meinungen (§ 3 Abs. 9 BDSG) werden ohne gesetzliche Legitimation und ohne wirksame Betroffeneneinwilligung für andere Zwecke als die Unterstützung einer einzelnen Petition verarbeitet.
- Die Verwendung der Daten für Werbezwecke erfolgt weitgehend ohne rechtliche Grundlage.
- Die Übermittlung von Daten in die USA ist unzulässig. Durch diese besteht die Gefahr, dass dort diese Daten zweckwidrig zum Nachteil der Betroffenen verarbeitet werden.
- Es erfolgen unkontrollierte Datenabflüsse z. B. an Analyseunternehmen (Google, Mixpanel) und an soziale Netzwerke (z. B. Facebook) ohne Sicherstellung des Datenschutzes.
- Die Umsetzung von Betroffenenrechten (§§ 34 ff. BDSG, §§ 12 ff. TMG) ist nicht gewährleistet.
- Die gesetzlich geforderte Transparenz über die Verantwortlichen des Dienstes wie über die Herkunft, Nutzung und Weitergabe der Daten ist nicht gewährleistet.

Thilo Weichert vom Netzwerk Datenschutzexpertise: „Das Internet bietet neue Wege des Engagements, Position gegen Missstände zu beziehen. Bei jeder politischen Meinungsäußerung besonders wichtig ist der Schutz der Daten vor Missbrauch, denn manches politische System reagiert mit Repressalien auf kritische Meinungsäußerungen. Change.org muss zumindest in Deutschland und in Europa umgehend vom Netz gehen oder völlig neu gestaltet werden. Leider zeigt das Unternehmen bisher keine Bereitschaft zu einer datenschutzkonformen Umgestaltung. Internet-Beteiligungsportale müssen rechtskonform und transparent sein. Davon kann bei Change.org keine Rede sein. Es kann niemandem empfohlen werden, sich dort an Petitionen zu beteiligen. Letztlich gibt es keine Sicherheit, dass die sensiblen persönlichen Daten über politische Meinungen bei US-Behörden, oder sogar bei der NSA, landen. Institutionen, die über Change.org Online-Petitionen organisieren, machen sich nicht nur moralisch und politisch, sondern auch rechtlich mitverantwortlich für die illegale Datenverarbeitung.“

Nach Angaben von Change.org haben 2013 knapp 25 Millionen Nutzer weltweit pro Monat rund 20.000 Petitionen ins Netz gestellt. 2012 wurde mit gesponserten – d. h. bezahlten - Petitionen ein Umsatz von 15 Millionen Dollar erzielt, der auch aus der Weitergabe von Daten der Unterzeichner an interessierte Einrichtungen entstammt. Mit dem Umsatz wurden zu dieser Zeit 150 Mitarbeiter in 18 Ländern finanziert.

Nach Ansicht von Netzwerk Datenschutzexpertise sind Webportale, die Partizipation unterstützen, ein wichtiger Faktor für Meinungsäußerung und Demokratie. Daten über politische Meinungen von

Millionen Nutzern sollten aber nicht zur Ware und für interessierte Stellen verfügbar werden. Ein Instrument für Freiheit und Demokratie kann politische Partizipation im Internet nur bei Beachtung der Datenschutzregeln sein.

Eine umfassende datenschutzrechtliche Analyse des Change.org-Angebots finden Sie unter <https://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de>

Wegen **Rückfragen** wenden Sie sich bitte an:

Netzwerk Datenschutzexpertise  
Dr. Thilo Weichert  
Waisenhofstr. 41, 24103 Kiel, 0431 9719742  
[weichert@netzwerk-datenschutzexpertise.de](mailto:weichert@netzwerk-datenschutzexpertise.de)  
[www.netzwerk-datenschutzexpertise.de](http://www.netzwerk-datenschutzexpertise.de)